

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d



Inhalt

Frank von Auer, Mitglied
des Hauptvorstandes der
Gewerkschaft Erziehung und
Wissenschaft, kommentiert
die 200. Sitzung der Kul-
tusminister-Konferenz:
Feindselige Feierlichkeit.
Seite 1/2a

Marie Schlei MdB würdigt
die Auszeichnung Adolfo
Perez Esquivels und Ernesto
Cardenals: Friedenspreise
für katholische Freiheits-
kämpfer.
Seite 3/4

Willi Görlach MdL kommen-
tiert das Bundestagswahl-
ergebnis in Hessen: Neues
Selbstbewußtsein für die
SPD.
Seite 5

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 8 12-1

35. Jahrgang / 202

21. Oktober 1980

Feindselige Feierlichkeit

Zur 200. Sitzung der Kultusministerkonferenz

Von Frank von Auer
Mitglied des Hauptvorstandes der Gewerkschaft Erziehung
und Wissenschaft

Ein fröhliches Fest kann die Feierlichkeit anlässlich der 200. Sitzung der Ständigen Konferenz der Kultusminister (KMK) nicht gewesen sein. Darüber täuscht auch der distinguierte Rahmen nicht hinweg, in dem sich Minister auf offiziellem Parkett zu begegnen pflegen.

Wahrlich - die KMK hat gegenwärtig keinen Grund zum Feiern. In zentralen bildungspolitischen Fragen ist sie uneinig wie nie.

Die hoffnungsfrohe Erwartung, nach dem polarisierenden Bundestagswahlkampf wachse die Bereitschaft zu tragfähigen Kompromissen, ist verstorben! Der Treueschwur der Union gegenüber ihrem Kanzlerkandidaten hat sich in einer besonderen Linientreue der Unions-Kultusminister fortgepflanzt - mit einer neuen Konfrontation im Gefolge.

Die so geschwächte Kultusministerkonferenz droht insbesondere den Verteilungskampf um die knapper werdenden Ressourcen gegen die Finanzminister zu verlieren. Bereits in den zurückliegenden fünf Jahren ist der Anteil der Bildungsausgaben am öffentlichen Gesamthaushalt von 15,8 Prozent (1975) auf 14,8 Prozent (1979) zurückgegangen. Soeben hat die Finanzseite ihren neuen Entwurf für das "Bildungsbudget" zur Fortschreibung des Bildungsgesamtplans vorgelegt - mit einschneidenden Reduzierungstendenzen. Die Differenz zu dem von den Bildungsplanern errechneten Bedarf liegt im Extremfall bei nahezu zehn Milliarden DM, das sind mehr als zehn Prozent des im Jahre 1984 in der bereits eingeschränkten Planung errechneten Bedarfs. Könnte die Finanzseite ihr Sparprogramm durchsetzen,



gäbe es rechnerisch 1984 statt der für erforderlich gehaltenen 603.000 nur 541.000 Lehrer und im Hochschulbereich nur 82.000 statt der von den Bildungsplanern reklamierten 92.000 Stellen für wissenschaftliches Personal.

Trotz dieses drastischen Eingriffs der Finanzminister in die Bildungsplanung leisten sich die Kultusminister den Luxus interner Grabenkämpfe. Die Kultusminister der Union zeigen einen nicht nachlassenden Eifer bei dem Versuch, eine gemeinsame Bildungsplanung zu verhindern. In ihrem jüngsten - noch unveröffentlichten - Papier zur Fortschreibung des Bildungsgesamtplans stellen sie selbst die weitgehenden Kompromisse in Frage, die bislang erarbeitet wurden. Sie fordern jetzt

- eine stärkere Profilierung und Abgrenzung von Hauptschule, Realschule und Gymnasium gegenüber der Gesamtschule und wenden sich gegen eine Stufengliederung des Bildungswesens;
- eine stärkere Trennung von allgemeiner und beruflicher Bildung. Die Hauptschule wird beinahe ausschließlich als Zuliefererschule für die Berufsausbildung im dualen System definiert;
- die Abkehr von einem zehnten allgemeinbildenden Schuljahr an der Hauptschule;
- eine verstärkte Absage an die rechtliche Anerkennung der Gesamtschule als Realschule, übrigens auch als Angebotsschule;
- eine schärfere Trennung von allgemeiner und beruflicher Bildung im Sekundarbereich II;
- eine Novellierung des Hochschulrahmengesetzes mit dem Ziel, die geltenden Mitbestimmungsregelungen zu beschneiden und
- eine deutliche Abgrenzung von Fachhochschule und wissenschaftlicher Hochschule, verbunden mit einer Absage an die Gesamthochschule sowie an die Studienlehrausbildung.

Ich halte es für unvermeidbar, daß die Fortschreibung des Bildungsgesamtplans scheitert, wenn die unionsregierten Länder auf diesen Positionen verharren. Dann aber gäbe es keine gemeinsame Planungsvorstellung der Kultusseite, über die Verhandlungen mit der Finanzseite möglich wären. Wer in diesem Geschäft die Verluste trägt, ist absehbar.

Zu einem echten Ärgernis wächst sich - vor allem bei den besonders betroffenen Schülern und Eltern - die Kleinstaaterei bei den Schulabschlüssen aus. Im Frühjahr 1981 läuft die im Hamburger Abkommen gesicherte Anerkennung der Gesamtschulabschlüsse ab. Das Land Bayern wiederum ist es, das unzumutbare Forderungen an eine neue KMK-Vereinbarung



stellt: Nicht nur, daß Bayerns Ministerpräsident Gesamtschulen "weder hier noch anderswo" als Regelschulen akzeptieren will; jetzt soll auch noch allen Gesamtschulen ein einheitliches Differenzierungsmodell oktroyiert werden. Vielleicht haben wir ja ein zu festes Feindbild von bayerischer Bildungspolitik und Kultusbürokratie. Die Münchner Attacken auf einen kooperativen Bildungsföderalismus aber verfestigen es stets aufs Neue. Inzwischen gehen sie selbst dem niedersächsischen Kultusminister auf die Nerven.

Es war auch Bayerns Kultusbürokratie, die die gegenseitige Anerkennung von Abiturzeugnissen in Frage stellte. Sie lief Sturm gegen die zaghaften Berliner Versuche, berufliche und allgemeine Bildung einander anzunähern. Selbst gegenüber Abiturienten aus Baden-Württemberg oder Rheinland-Pfalz wird kleinlich nachgeprüft, ob sie an Bayerns Hochschulen studieren dürfen.

Für die Anerkennung sowohl der Gesamtschulabschlüsse wie der Abiturzeugnisse wird inzwischen kleinlich nachgerechnet; wieviele Stunden in einzelnen Fächern Unterricht erteilt wurde. Eine Schar hochdotierter Spitzenbeamter sitzt derzeit an diesem Puzzlespiel, für das es keines pädagogischen Sachverständes, wohl aber kleinlicher Krämerseelen bedarf.

Die Kultusministerkonferenz hat sich ins Abseits manövriert. Wir könnten versucht sein, Verständnis für die Forderung der FDP aufzubringen, größere Bildungskompetenzen auf den Bund zu verlagern. Nur brächte ein solcher Versuch auch keine Lösung, weil dann die gleichen Probleme bei den mit Sicherheit voraussagbaren Auseinandersetzungen mit dem Bundesrat entstünden. Außerdem hat ein solcher Vorschlag politisch keine Realisierungschancen.

Deshalb setzen wir weiter auf den föderalistischen Wettbewerb zwischen den Bundesländern. Wenn die Kultusminister der Union die erforderliche Kooperation im kulturföderalistischen System verweigern, wenn sie den Bildungsgesamtplan und die überfälligen Vereinbarungen in der Kultusministerkonferenz blockieren, dann müssen sich die sozial-liberal regierten Länder allein darauf verständigen, die Bildungsreform energisch voranzubringen; dann muß der zunehmende Ärger der betroffenen Eltern, Lehrer und Schüler die konservativ regierten Länder dazu zwingen, die versäumten Reformen nachzuholen. Dann müssen wir uns darauf einrichten, auf Zeit in einer zweigeteilten Bildungslandschaft zu leben. Das Buhlen um - faule - Kompromisse nimmt auf die Dauer auch denen die Glaubwürdigkeit, die in der Bildungspolitik über die besseren Argumente verfügen. (-/21.10.1980/bgy/ca)

+ + +



Friedenspreise für katholische Freiheitskämpfer

Zu den Auszeichnungen für Adolfo Perez Esquivel und Ernesto Cardenal

Von Marie Schief MdB

Vorsitzende des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik der SPD-Bundestagsfraktion
und des Arbeitskreises Entwicklungspolitik

Die Verleihung des Friedensnobelpreises an Adolfo Perez Esquivel und des Friedenspreises des Börsenvereins des deutschen Buchhandels an Ernesto Cardenal, also an zwei Persönlichkeiten aus Mittel- beziehungsweise Südamerika, sind eine begrüßenswerte Anerkennung selbstlosen Einsatzes für ein menschenwürdiges Leben.

Adolfo Perez Esquivel war vor der Preisverleihung in Europa weitgehend unbekannt. Nicht die vorhandene "Berühmtheit", sondern das beispielhafte Wirken in der Stille in einer Beinahe-Anonymität wurden erstmals anerkannt. Mit der Auszeichnung dieses argentinischen Menschenrechtlers, der seit einem guten Jahrzehnt unerschütterlich - trotz zeitweiliger Inhaftierung und stetiger Abstempelung "als Krawallmacher und Kommunist" - für Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und vor allem für die Respektierung der Menschenrechte in Südamerika kämpft, wurde nicht nur beharrliches Wirken in der Stille ausgezeichnet, sondern auch die Konzeption des gewaltfreien Widerstandes gewürdigt. Für den Architekten, Bildhauer und Professor Adolfo Perez Esquivel war Mahatma Gandhi Vorbild. Gegenwärtig wirkt er als Koordinator des katholischen "Gewaltfreien Dienstes für Frieden und Gerechtigkeit in Lateinamerika" sowie als Herausgeber der Zeitschrift "Gerechtigkeit und Frieden".

Adolfo Perez Esquivel vertritt die beachtenswerte Position: Man darf als Christ nicht Gleiches mit Gleichem vergelten. Seine Gruppen haben sich zum Ziel gesetzt, nicht nur im Konfliktfall, sondern schon vorher aktiv zu werden, indem sie "Bewußtsein bilden und überkommene Strukturen verändern". Sie initiieren selbst die Gründungen zahlreicher Genossenschaften beziehungsweise Gewerkschaften. Adolfo Perez Esquivel sagt: "Wir orientieren uns nicht an irgendeiner Ideologie, sondern an der Würde, an den verbürgten Grundrechten der Menschen, für die wir eintreten."

Besonderen Wert legt er darauf, daß seine gewaltfreie Bewegung nicht in den Geruch "einer straffen Organisation" oder "Kaderpartei" kommt. Adolfo Perez Esquivel: "Wir wollen die Menschen nicht der Disziplin einer Organisation unterwerfen. Vielleicht läßt sich unsere Bewegung am besten mit einer geistigen Strömung vergleichen. Welche Aktionen sich daraus ergeben, hängt von der schöpferischen spontanen Initiative des



Einzelnen ab." Es ist beschämend, daß Adolfo Perez Esquivels Leben auch heute in Gefahr ist und es bleibt zu hoffen, daß die hohe Auszeichnung mit dem Friedensnobelpreis die Machthaber Argentiniens zur Nachdenklichkeit und nicht zu verstärkten Repressiv-Maßnahmen gegen diese Bewegung und ihren Führer veranlaßt.

Während sich Adolfo Perez Esquivel an die Regel hält: "Lieber selbst ein Opfer sein, als andere töten", schließt Ernesto Cardenal auf der Basis seiner individuellen Lebenserfahrungen den Einsatz von Gewalt nicht aus. Der nicaraguanische Dichter und Priester, Ernesto Cardenal, der jetzt als Kultusminister in der neuen Regierung wirkt, lehnt zwar auch Gewalt ab, doch er vertritt den Standpunkt, wenn sie einer gerechten Sache als letztes Mittel diene, sei sie gerechtfertigt.

Ernesto Cardinal, einer wohlhabenden alten Patrizierfamilie entstammend, wurde in den letzten zwanzig Jahren zum Dichter und Priester des einfachen Volkes. Er lebte mit den Armen zusammen, er wollte ihre Stimme und ihr priesterlicher Freund sein... Manchen Landsleuten hat er selbst Lesen und Schreiben beigebracht und in einer von ihm initiierten christlichen Kommune vorbildlich gewirkt. Letzteres war eine Lebensgemeinschaft von Alleinstehenden und Ehepaaren, in der christlicher Glaube auch brüderliche Hilfe ausdrückte und in der kulturelles Erbe gepflegt wurde. Die Zerstörung dieser beispielhaft friedlichen Insel durch Truppen der Somoza-Diktatur und seine notwendige Flucht ins Exil mögen Ernesto Cardenal dahin geprägt haben, daß er der Anwendung von Gewalt als letztem Mittel positiv gegenübersteht.

Cardenals Werk ist die direkte oder mittelbare Reaktion eines Dichters und sozial engagierten Priesters auf die seit Jahrzehnten anhaltend grausame Wirklichkeit Nicaraguas, auf die einst ständige Präsenz offener und versteckter Gewalt der anscheinend allmächtigen Somoza-Diktatur. So ist es erklärbar, daß Ernesto Cardenal des öfteren den Marxismus (in der südamerikanischen Vorstellungsweise) als Vollendung des Christentums und die soziale Revolution als Postulate des Evangeliums darstellt. Cardenal bemüht sich im Geiste der Bergpredigt konsequent zu handeln.

Das teilweise situations- und personenbedingte unterschiedlich akzentuierte Streben dieser beiden herausragenden katholischen Persönlichkeiten für Frieden, Freiheit und Menschenwürde in Mittel- und Südamerika verdient unser Verständnis und unsere Unterstützung. Im Interesse von mehr Menschenrechten und der Sicherung christlicher Positionen in dieser Region sollten diese stark sozial-engagierten Bewegungen auch aus kirchlichen Kreisen in der Bundesrepublik mehr Förderung erfahren. (-/21.10.1980/ks/ca)

+ + +



Neues Selbstbewußtsein für die SPD

Die Bürger Hessens haben gut gewählt

Von Willi Görlach MdL

Vorsitzender des SPD-Bezirks Hessen-Süd

Der Wahlkampf ist vorbei, die Wahl wurde gewonnen, Helmut Schmidt kann jetzt mit einer respektablen, größeren Mehrheit weiterregieren: für den Frieden im Innern wie nach außen. Auch wenn wir gern mehr zugelegt hätten: Hessen hat mit 0,7 Prozent Zuwachs bei den Zweitstimmen besser abgeschnitten als die SPD im Bundesdurchschnitt. Wir haben in Frankfurt und an der Bergstraße Wahlkreise von der Union zurückgewonnen, womit wir nicht unbedingt gerechnet haben. 19 Wahlkreise wurden direkt gewonnen; die Union kam lediglich auf drei. Die Arbeit unserer Kandidaten und der vielen Helfer hat sich gelohnt.

Das Ergebnis in Mittelhessen ist besonders erfreulich, auch im Wahlkreis 135, wo Georg Leber den Abstand zur Union auf drei Punkte verringerte. Die SPD ist mit 46,4 Prozent so klar vor der CDU (40,6 Prozent) stärkste Partei im Lande wie schon lange nicht mehr. Die sozial-liberale Koalition in Hessen ging mit 57 Prozent der Wählerstimmen besonders gestärkt aus dem Wahlkampf hervor. Dieses gilt vor allem und gerade auch für Südhessen, besonders für die großen Städte, und darüber sollten wir uns freuen! In Hessen-Süd liegt der Zuwachs über dem Landesdurchschnitt.

Der Zuwachs für die FDP von 2,1 Prozent, der dem Verlust der Union von 4,2 Prozent und unserem leichten Zuwachs gegenübersteht (die 1,8 Prozent der Grünen dürfen wir nicht ganz vergessen), sollte uns nicht allzulange rätseln lassen. Allerdings muß näher untersucht werden, ob die Verluste der Union nicht nur auf den Anti-Strauß-Effekt, sondern auch auf kommunales Fehlverhalten zurückzuführen sind. Natürlich stecken im FDP-Ergebnis sozialdemokratische Splittungstimmen, selbstverständlich auch CDU-nahe Anti-Strauß-Stimmen. Die FDP weiß, daß ihre Wähler jetzt noch stärker sozial-liberal orientiert sind. Aber mit Sicherheit wächst auch die Zahl der politisch offenen Wähler, die nicht konservativ sein möchten, die wir Sozialdemokraten aber bis jetzt nicht zu binden vermögen. Dies trifft besonders auf die junge Generation zu.

Wenn dann nicht nur die CDU, sondern auch die FDP die Sozialistenfurcht schürt, muß man sich nicht wundern, wenn nicht konservative Wählerinnen und Wähler ohne politische Grundhaltung "liberal" wählen.

Natürlich haben uns bei dieser Wahl besonders die jungen Menschen gewählt. Aber jeder weiß, daß dies für einen großen Teil nicht aus voller Zustimmung oder Neigung zur SPD, sondern vor allem gegen Strauß und die CDU/CSU geschehen ist.

Hauptaufgabe für die Partei muß daher sein, gerade in den rauheren Zeiten, die auf uns zukommen, die Jungen mit Verstand und Herz für die Sozialdemokratie zu gewinnen. Die Tradition unserer bald 120 Jahre alten Partei müßte es uns leichter machen, diese politische "Wärme" auszustrahlen, die selbst Bürger in der Mitte suchen. Zu dieser "Wärme" gehört auch, daß wir endlich stärker gegenhalten bei der Verketzerung der Sozialdemokraten. Der demokratische Sozialismus des Godesberger Programms darf nicht versteckt werden, sondern muß gerade in stärker werdenden Verteilungskämpfen offensiv vertreten werden.

Wenn sich über 46 Prozent der Wähler in Hessen und rund 43 Prozent im Bund von der Sozialdemokratie dennoch nicht verschrecken lassen, dann sollten wir uns bei diesen Mitbürgerinnen und Mitbürgern bedanken. Dieses Ergebnis sollte uns Selbstbewußtsein geben als Partei, auch und besonders gegenüber dem Koalitionspartner FDP, und uns den Rücken für den ab heute beginnenden Kommunalwahlkampf stärken. (-/21.10.1980/ks/ca)

